

Interpellation von Hans Jörg Villiger, Manuela Käch, Jean Luc Mösch, und Drin Alaj betreffend zunehmende Möwenpopulation im Siedlungsraum des Kantons Zug

In verschiedenen Gemeinden des Kantons Zug werden vermehrt Möwen im Siedlungsraum wahrgenommen. Aus der Bevölkerung gibt es Rückmeldungen zu Lärm, Verschmutzungen, auffälligem Verhalten während der Brutzeit und Beeinträchtigungen im öffentlichen Raum.

Gleichzeitig bestehen Unsicherheiten darüber, wie die Entwicklung fachlich einzuschätzen ist und welche Handlungsmöglichkeiten Gemeinden und Kanton im Spannungsfeld zwischen Arten- und Naturschutz sowie öffentlicher Ordnung und Lebensqualität besitzen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Fragen

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Entwicklung der Möwenpopulation im Kanton Zug in den vergangenen Jahren, insbesondere in siedlungsnahen Gebieten und welche Erkenntnisse liegen zur Bestandesentwicklung und zu den Ursachen vor?
2. Welche Auswirkungen auf Bevölkerung, öffentliche Infrastruktur, Biodiversität, einheimische Vogelarten oder Hygiene sind dem Regierungsrat bekannt?
3. Wie sind die Zuständigkeiten von Bund, Kanton und Gemeinden im Umgang mit Möwen geregelt und welche Handlungsmöglichkeiten stehen den Gemeinden heute insbesondere in den Bereichen Prävention, Vergrämung, Fütterung und Abfallmanagement zur Verfügung?
4. Welche Erfahrungen und wirksamen Massnahmen aus anderen Kantonen oder Städten sind dem Regierungsrat bekannt und inwiefern lassen sich diese auf den Kanton Zug übertragen?
5. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene, um die Gemeinden künftig besser unterstützen zu können?
6. Ist der Regierungsrat bereit, gemeinsam mit betroffenen Gemeinden die Situation zu analysieren und mögliche verhältnismässige Lösungsansätze zu prüfen?

Begründung

Der Schutz von Natur und Tierwelt ist ein wichtiges öffentliches Anliegen. Gleichzeitig gilt es, die Lebensqualität der Bevölkerung im Siedlungsraum sowie mögliche Auswirkungen auf Biodiversität und einheimische Vogelarten angemessen zu berücksichtigen. Die Interpellation soll deshalb eine sachliche Auslegeordnung über Entwicklung, Auswirkungen, Zuständigkeiten und mögliche Handlungsansätze schaffen, damit Gemeinden und Kanton die Situation frühzeitig, koordiniert und verhältnismässig begleiten können.

Für die Beantwortung unserer Fragen danken wir dem Regierungsrat im Voraus.